



**Julia Klöckner**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 0 30/22 7-7 07 00 - Fax: 0 30/22 7-7 67 01  
www.julia-kloeckner.de - Email: julia.kloeckner@bundestag.de

**Klöckner: Neuordnung des kommunalen Finanzsystems erforderlich**

- Rheinland-Pfalz schneidet im Ländervergleich besonders schlecht ab
- Gemeindefinanzkommission eingesetzt

Mehrere Gemeinden aus dem Kreis Bad Kreuznach haben sich aufgrund ihrer zum Teil desolaten Finanzlage mit einer Resolution an die CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Julia Klöckner gewandt und einen Rettungsschirm für die rheinland-pfälzischen Städte, Verbandsgemeinden und Landkreise gefordert.

„Die Kommunen sind von der Finanzkrise nicht verschont geblieben und kämpfen derzeit mit zum Teil drastisch gesunkenen Steuereinnahmen und den damit verbundenen erheblichen Belastungen. Auch auf Bundesebene sind wir uns dem Ernst der Lage bewusst. Daher hat die Bundesregierung am 24. Februar eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt, die unter Mitarbeit von Vertretern der Länder und der kommunalen Spitzenverbände Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems entwickeln und bewerten wird. Denn die Kommunen benötigen berechenbare Einnahmen! Die kommunale Finanzlage würde ohne die Konjunkturstabilisierung durch die Bundesregierung noch schlechter aussehen. Denn die getroffenen Konjunkturmaßnahmen kommen auch den Kommunen zu Gute“, betont Julia Klöckner, selbst Kreistagsmitglied.

Gerade in Rheinland-Pfalz ist die Finanzlage der Kreise, Städte und Gemeinden im Ländervergleich besonders schlecht. „Dies beweist, dass sich die aktuelle Finanzsituation der rheinland-pfälzischen Kommunen vor allem auf grundlegende Strukturprobleme zurückführen lässt und ebenfalls nicht allein auf Auswirkungen der Wirtschaftskrise“, stellt Julia Klöckner klar. Die Landesregierung versucht, die aktuelle Situation der Kommunen auf die christlich-liberale Koalition zurückzuführen. Das kann schon logischerweise nicht stimmen. Denn während in anderen Bundesländern 2007 und 2008 aufgrund der Wirtschaftslage durch steigende Gewerbesteuer-einnahmen Überschüsse erzielt wurden, setzten sich die negativen Finanzsalden in Rheinland-Pfalz trotz hoher Steuereinnahmen weiter fort. „Äußerungen, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen durch die jüngsten

**PRESENMITTEILUNG**

Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung in den Ruin getrieben werden, kann ich daher auch nicht nachvollziehen - zumal den Kommunen von Seiten der SPD-Landesregierung allein seit 1991 weit über eine Milliarde Euro an Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich entzogen wurden!“, so die Unionspolitikerin. Betroffen davon sind etwa Schulbaumittel oder die Personalkostenerstattung für Kindertagesstätten. Geld floss dafür in so genannte „Leuchtturmprojekte“ wie das Nürburgringprojekt, mit dem sich derzeit ein Untersuchungsausschuss beschäftigt.

Kritik übt Klöckner auch am Vorgehen der rheinland-pfälzischen Landesregierung bei der anstehenden Kommunal- und Verwaltungsreform: „Oberste Ziele der Reform müssen Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe sein. Die von der SPD geplanten Zwangsfusionen von Gemeinden, noch dazu nach intransparenten und unterschiedlich gehandhabten Kriterien, wird es mit der CDU in Rheinland-Pfalz nicht geben - zumal es bislang noch keine Aussagen dazu gibt, welche Spareffekte hierdurch überhaupt erzielt werden.“